

Der Rat

C/53/12

Dreiundfünfzigste ordentliche Tagung
Genf, 1. November 2019

Original: englisch
Datum: 2. Oktober 2019

PRÜFUNG DER VEREINBARKEIT DES ENTWURFS DES SORTENSCHUTZGESETZES VON AFGHANISTAN MIT DER AKTE VON 1991 DES UPOV-ÜBEREINKOMMENS

Haftungsausschluss: dieses Dokument gibt nicht die Grundsätze oder eine Anleitung der UPOV wieder

1. Mit Schreiben vom 25. September 2019 an den Generalsekretär der UPOV ersuchte Herr Mahboobullah Nang, Stellvertretender Minister, Ministerium für Landwirtschaft und Viehzucht Afghanistans, um Prüfung der Vereinbarkeit des Entwurfs des Sortenschutzgesetzes von Afghanistan (nachstehend der „Gesetzesentwurf“) mit der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens (nachstehend „Akte von 1991“). Das Schreiben ist in Anlage I dieses Dokuments wiedergegeben. Anlage II enthält eine von der afghanischen Regierung bereitgestellte Übersetzung ins Englische.

HINTERGRUND

2. Artikel 34 Absatz 3 der Akte von 1991 sieht vor: „Jeder Staat, der dem Verband nicht angehört, sowie jede zwischenstaatliche Organisation ersuchen vor Hinterlegung ihrer Beitrittsurkunde den Rat um Stellungnahme, ob ihre Rechtsvorschriften mit diesem Übereinkommen vereinbar sind. Ist der Beschluß über die Stellungnahme positiv, so kann die Beitrittsurkunde hinterlegt werden.“

3. Die Regierung von Afghanistan leitete das Verfahren für den Beitritt zur UPOV bereits mit einem Schreiben vom 27. September 2018 ein, in dem Seine Exzellenz Herr Hamdullah Hamdard, Stellvertretender Minister, Ministerium für Landwirtschaft und Viehzucht von Afghanistan, um Prüfung des „Gesetzes über den Schutz von Pflanzenzüchtungen“ auf Vereinbarkeit mit der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens ersuchte. Auf seiner zweiundfünfzigsten ordentlichen Tagung vom 2. November 2018 in Genf prüfte der Rat das Gesetz über den Schutz von Pflanzenzüchtungen und entschied (vergleiche Dokument [C/52/20](#) „Bericht“ Absatz 8):

- „(a) die Analyse in Dokument C/52/19 zur Kenntnis zu nehmen;
- b) zu empfehlen, dass Afghanistan die im Dokument C/52/19 vorgeschlagenen Änderungen in das afghanische „Sortenschutzgesetz“ aufnehmen und das geänderte Gesetz dem Rat anschließend zur Prüfung gemäß Artikel 34 (3) der Akte von 1991 unterbreiten solle;
- c) das Verbandsbüro zu ersuchen, Afghanistan bei der Abfassung der erforderlichen Änderungen des Gesetzes seine Unterstützung bei nächster sich bietender Gelegenheit anzubieten;
- d) den Generalsekretär zu ermächtigen, die Regierung Afghanistans von dieser Entscheidung zu unterrichten.“

4. Vom 28. bis 30. Januar 2019 erörterte das Verbandsbüro bei bilateralen Treffen mit der Delegation Afghanistans, die in Verbindung mit der „Arbeitstagung über die Ausarbeitung von Rechtsvorschriften gemäß dem UPOV-Übereinkommen“ (Arbeitstagung über Rechtsvorschriften) in Genf abgehalten wurden, maßgebliche Bestimmungen der Akte von 1991 und gab im Hinblick auf einen am 6. Januar dargelegten Gesetzesentwurf Bemerkungen ab, in denen es diejenigen Bestimmungen aufzeigte, die nicht mit dem Beschluß des Rates aus dem Jahr 2018 übereinstimmten.

5. Am 5. Mai 2017 teilte Herr Nang dem Verbandsbüro mit, daß die Regierung Afghanistans ihren Gesetzesentwurf gemäß den Bemerkungen des Verbandsbüros vom Januar 2019 aktualisieren würde, um sich an den Beschluß des Rates aus dem Jahr 2018 zu halten. Bei dieser Gelegenheit wurde eine Kopie des Gesetzesentwurfs vorgelegt. Am 17. Mai 2019 gab das Verbandsbüro detaillierte Bemerkungen zu dem Gesetzesentwurf ab.

6. Am 29. August 2019 erhielt das Verbandsbüro eine aktualisierte Fassung des Gesetzentwurfs. Am 11. September 2019 empfahl das Verbandsbüro bestimmte Änderungen des Gesetzentwurfs gemäß dem Beschluß des Rates aus dem Jahr 2018. Am 26. September 2019 erhielt das Verbandsbüro eine aktualisierte Fassung des Gesetzentwurfs zur Prüfung durch den Rat.

7. Gemäß dem obigen Beschluß des Rates vom 2. November 2018 und gemäß Artikel 34 Absatz 3 der Akte von 1991 reichte die Regierung Afghanistans ein neues Gesuch (vergleiche Absatz 1 dieses Dokuments) um Stellungnahme des Rates zur Vereinbarkeit des Gesetzentwurfs mit der Akte von 1991 ein.

GRUNDLAGE FÜR DEN SCHUTZ NEUER PFLANZENSORTEN IN AFGHANISTAN

8. Der Schutz neuer Pflanzensorten in Übereinstimmung mit der Akte von 1991 wird in Afghanistan durch den Gesetzentwurf nach dessen Annahme geregelt werden. Eine Analyse des Gesetzentwurfs folgt in der Reihenfolge der wesentlichen Rechtsvorschriften der Akte von 1991.

Artikel 1 der Akte von 1991: Begriffsbestimmungen

9. Artikel 3 des Gesetzentwurfs enthält Begriffsbestimmungen von Sorte und Züchter, die den Begriffsbestimmungen in Artikel 1 Buchstabe iv und vi der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 2 der Akte von 1991: Grundlegende Verpflichtung der Vertragsparteien

10. Artikel 2 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen, die den grundlegenden Verpflichtungen von Artikel 2 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 3 der Akte von 1991: Gattungen und Arten, die geschützt werden müssen

11. Artikel 4 des Gesetzentwurfs sieht folgendes vor:

[...]

„Dieses Gesetz ist auf alle durch Beschlüsse des Landwirtschaftsministers bezeichneten Pflanzengattungen und -arten anzuwenden und spätestens nach Ablauf eines Zeitraums von 10 Jahren ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes auf alle Pflanzengattungen und -arten anzuwenden.“

12. Die Bestimmungen des Artikels 4 des Gesetzentwurfs entsprechen den Verpflichtungen in Artikel 3 Absatz 2 der Akte von 1991. Es ist darauf hinzuweisen, daß die Regierung Afghanistans bei der Hinterlegung ihrer Beitrittsurkunde gemäß Artikel 36 Absatz 1 Buchstabe ii der Akte von 1991 in ihrer Erklärung die anwendbare Liste von Pflanzengattungen und -arten mitteilen muß (es müssen mindestens 15 Gattungen und Arten angeführt werden).

Artikel 4 der Akte von 1991: Inländerbehandlung

13. Artikel 5 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Inländerbehandlung, die den Bestimmungen in Artikel 4 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 5 bis 9 der Akte von 1991: Schutzvoraussetzungen, Neuheit, Unterscheidbarkeit, Homogenität, Beständigkeit

14. Artikel 6 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen zu den Schutzvoraussetzungen, die den Bestimmungen von Artikel 5 bis 9 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 10 der Akte von 1991: Einreichung von Anträgen

15. Artikel 7 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen zur Einreichung von Anträgen. Der Gesetzentwurf scheint keine Bestimmungen zu enthalten, die im Widerspruch zu Artikel 10 der Akte von 1991 stehen.

Artikel 11 der Akte von 1991: Priorität

16. Artikel 8 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen zum Prioritätsrecht, die den Bestimmungen in Artikel 11 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 12 der Akte von 1991: Prüfung des Antrags

17. Artikel 9 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Prüfung des Antrags, die den Bestimmungen von Artikel 12 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 13 der Akte von 1991: Vorläufiger Schutz

18. Artikel 14 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über den vorläufigen Schutz, die den Bestimmungen des Artikels 13 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 14 der Akte von 1991: Inhalt des Züchterrechts

19. Artikel 17 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über den Inhalt des Züchterrechts, die den Bestimmungen in Artikel 14 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 15 der Akte von 1991: Ausnahmen vom Züchterrecht

20. Artikel 17 Absatz 8 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die verbindlichen Ausnahmen vom Züchterrecht, die den Bestimmungen in Artikel 15 Absatz 1 der Akte von 1991 entsprechen.

21. Artikel 19 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die freigestellte Ausnahme nach Artikel 15 Absatz 2 der Akte von 1991 wie folgt:

„1) Kleinbauern verletzen das Züchterrecht in Bezug auf Sorten, die auf einer Liste landwirtschaftlicher Pflanzen stehen, nicht, wenn sie das Erntegut, das sie aus dem Anbau der geschützten Sorte oder einer in Artikel 17 Absatz 5 Punkt 1 oder 2 dieses Gesetzes erfaßten Sorte im eigenen Betrieb gewonnen haben, zu Vermehrungszwecken im eigenen Betrieb verwenden, sofern diese Nutzung in angemessenem Rahmen und vorbehaltlich der Wahrung der berechtigten Interessen des Züchters erfolgt.

„2) Die Sorten von Obst-, Zier-, Gemüse- und Forstpflanzen sind von der Ausnahme nach Absatz 1 dieses Artikels ausgenommen.“

Artikel 16 der Akte von 1991: Erschöpfung des Züchterrechts

22. Artikel 18 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Erschöpfung des Züchterrechts, die den Bestimmungen in der Artikel 16 Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 17 der Akte von 1991: Beschränkungen in der Ausübung des Züchterrechts

23. Artikel 20 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über Beschränkungen in der Ausübung des Züchterrechts, die den Bestimmungen in Artikel 17 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 18 der Akte von 1991: Maßnahmen zur Regelung des Handels

24. Artikel 6 Absatz 4 des Gesetzentwurfs sieht folgendes vor:

„4) Die Methode für die Eintragung traditioneller, lokaler und indigener Sorten sollte in gesonderten Rechtsvorschriften geregelt werden.“

25. Der Gesetzentwurf scheint keine Bestimmungen zu enthalten, die im Widerspruch zu Artikel 18 der Akte von 1991 stehen.

Artikel 19 der Akte von 1991: Dauer des Züchterrechts

26. Artikel 21 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Dauer des Züchterrechts, die den Bestimmungen in Artikel 19 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 20 der Akte von 1991: Sortenbezeichnung

27. Artikel 15 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über Sortenbezeichnungen, die den Bestimmungen in Artikel 20 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 21 der Akte von 1991: Nichtigkeit des Züchterrechts

28. Artikel 22 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Nichtigkeit des Züchterrechts, die den Bestimmungen in Artikel 21 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 22 der Akte von 1991: Aufhebung des Züchterrechts

29. Artikel 23 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Aufhebung des Züchterrechts, die den Bestimmungen in Artikel 22 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 30 der Akte von 1991: Anwendung des Übereinkommens

30. Hinsichtlich der Verpflichtung, „geeignete Rechtsmittel vorz[usehen], die eine wirksame Wahrung der Züchterrechte ermöglichen“ (Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe i der Akte von 1991), enthält Artikel 25 des Gesetzentwurfs die folgenden Bestimmungen zur Wahrung der Züchterrechte:

„1) Falls eine Person infolge einer Verletzung der Bestimmung in diesem Gesetz einen Verlust/Schaden erleidet, ist sie berechtigt, sich gemäß den Rechtsvorschriften Afghanistans an eine Rechtsbehörde zu wenden.

„2) Die Rechtsbehörden sind berechtigt, die in Absatz 1 dieses Artikels genannte Partei, welche die Verletzung begeht, dazu zu verurteilen, der geschädigten Partei Schadenersatz zu leisten sowie die Anwaltskosten sowie andere präventive Maßnahmen zu übernehmen.“

31. Artikel 12 des Gesetzentwurfs sieht vor, daß die mit der Erteilung von Züchterrechten beauftragte Behörde die Eintragungsstelle gemäß Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe ii der Akte von 1991 ist.

32. Artikel 27 des Gesetzentwurfs entspricht der Verpflichtung zur Veröffentlichung von Informationen über Anträge auf und Erteilung von Züchterrechten sowie über die vorgeschlagenen und genehmigten Sortenbezeichnungen gemäß Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe iii der Akte von 1991.

Allgemeine Schlußfolgerung

33. Nach Ansicht des Verbandsbüros enthält der Gesetzentwurf die wesentlichen Bestimmungen der Akte von 1991. Auf dieser Grundlage, und sobald der Gesetzentwurf ohne zusätzliche Änderungen in Kraft getreten ist, wird Afghanistan in der Lage sein, den Bestimmungen der Akte von 1991 „Wirkung zu verleihen“, wie in deren Artikel 30 Absatz 2 vorgeschrieben.

34. *Der Rat wird ersucht:*

a) *die Analyse in diesem Dokument zur Kenntnis zu nehmen;*

b) *eine positive Entscheidung über die Vereinbarkeit des Entwurfs des Sortenschutzgesetzes von Afghanistan („Gesetzentwurf“) mit den Bestimmungen der Akte von 1991 des Internationalen Übereinkommens zum Schutz von Pflanzenzüchtungen zu treffen, was Afghanistan, sobald der Gesetzentwurf ohne Änderungen angenommen und das Gesetz in Kraft getreten ist, in die Lage versetzt, seine Urkunde über den Beitritt zur Akte von 1991 zu hinterlegen; und*

c) *den Generalsekretär zu ermächtigen, die Regierung von Afghanistan von obiger Entscheidung zu unterrichten.*

[Anlagen folgen]

ANLAGE I

ÜBERSETZUNG DES SCHREIBENS

Schreiben von: Mahboobullah Nang, Stellvertretender Minister für Landwirtschaft & Viehzucht,
Ministerium für Landwirtschaft, Bewässerung und Viehzucht / Kabul / Afghanistan

An: Herrn Francis Gurry, Generalsekretär der UPOV
Internationaler Verband zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV) 34, Chemin des
Colombettes, CH-1211 Genf 20, Schweiz

Betreff: UPOV-Mitgliedschaft - Erste Prüfung des Entwurfs des Gesetzes über den Schutz von
Pflanzenzüchtungen

Sehr geehrter Herr Francis Gurry,

es ist uns eine Freude, Ihnen bezüglich der Mitgliedschaft im Internationalen Verband zum Schutz von Pflanzenzüchtungen zu schreiben. Die Regierung der Islamischen Republik Afghanistan wurde im Juli 2016 Mitglied der Welthandelsorganisation und verabschiedete im Oktober 2016 ein Gesetz über den Schutz von Pflanzenzüchtungen, das derzeit überarbeitet wird, um die UPOV-Mitgliedschaft zu erhalten. Das Ministerium für Landwirtschaft, Bewässerung und Viehzucht wird im Gesetzentwurf als Vollzugsbehörde genannt.

Afghanistan erkennt seine Verpflichtungen im Rahmen von WTO/TRIPS an, ein funktionsfähiges System für die Rechte von Pflanzenzüchtern einzuführen, und ist ferner der Ansicht, daß es im Interesse der landwirtschaftlichen Entwicklung Afghanistans liegt, die Entwicklung neuer Pflanzensorten durch dieses System zu fördern. Die Regierung setzt sich für diesen Prozeß ein und ist zu dem Schluß gekommen, daß ein Antrag auf eine UPOV-Mitgliedschaft den besten Weg zur Errichtung eines international anerkannten Systems für Züchterrechte in Afghanistan bietet.

Als einen ersten Schritt zur Beantragung der UPOV-Mitgliedschaft wäre ich sehr dankbar, wenn der UPOV-Rat den Gesetzentwurf (eine englische Übersetzung liegt bei) überprüfen und uns mitteilen könnte, ob der Gesetzentwurf Ihrer Meinung nach mit der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens übereinstimmt. Wenn Sie Punkte sehen, bezüglich derer Sie der Ansicht sind, daß das Gesetz diesbezüglich nicht übereinstimmt, wäre es sehr hilfreich, wenn Sie uns auf diese Punkte und die betreffenden Artikel hinweisen könnten.

Vielen Dank im Voraus für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

Mahboob Nang

[Anlage II folgt]

**DRAFT PLANT VARIETY PROTECTION ACT OF AFGHANISTAN PREPARED BY THE REVISION
COMMITTEE OF THE MINISTRY OF AGRICULTURE, IRRIGATION AND LIVESTOCK, AFGHANISTAN**

**CHAPTER ONE
General Provisions**

**Article 1
Basis**

This Act is enacted under the article 14 of the Constitution of Islamic Republic of Afghanistan.

**Article 2
Objectives**

The objectives of this Act are:

1. Establishment of an effective system for protection of plant varieties.
2. Define the rights and obligations of breeders and farmers.
3. Create the basis for research, development, registration and utilization of new plant varieties.
4. Regulation of other affairs in relation to protection of new plant varieties.

**Article 3
Definitions**

The terms indicated in this Act defines the following:

1. Variety: A plant grouping within a single botanical taxon of the lowest rank, which grouping, irrespective of whether the conditions for granting the breeder's right are completely met, can be
 - defined by the expression of the characteristics resulting from a given genotype or a combination of genotypes,
 - distinguished from any other plant grouping by the expression of at least one of the said characteristics and
 - considered as a suitable unit for propagation and capable to maintain its characteristics in subsequent generations.
2. Propagating material: Seed, cutting, part of a plant or whole plant which is produced through sexual and asexual approaches and is utilized for reproduction.
3. Breeder: is
 - the person who bred, or discovered and developed, a variety
 - the person who is the employer of the aforementioned person or who has commissioned the latter's work, or
 - the successor in title of the first or second aforementioned person, as the case may be.
4. Breeder's right: is the right which is granted to the breeder after registration of a new plant variety within the provisions of this Act.
5. Registration Agency: Is an agency created within the framework of the Ministry of Agriculture, Irrigation and Livestock for registration of new plant varieties.
6. "UPOV" means the International Union for the Protection of New Varieties of Plants founded by the International Convention for the Protection of New Varieties of Plants of 1961 and further mentioned in the Act of 1972, the Act of 1978 and in the 1991 Act.
7. "Member of UPOV" means a State party to the UPOV Convention of 1961 / Act of 1972 or the Act of 1978 or a Contracting Party to the 1991 Act.

Article 4

Implementation Authority

Ministry of Agriculture, Irrigation and Livestock is the implementation authority for the provisions of this Act.

This Act shall be applied to the plant genera and species designated by decisions of the Minister of Agriculture and by the expiration of a period of 10 years from the date of coming into force of this at the latest, to all plant genera and species.

Article 5

Equal implementation of Act

The provisions of this Act are equally applicable on the following persons:

1. Afghan nationals and residents
2. Nationals of a member of UPOV as well as natural person resident and legal entities having their registered offices within the territory of a member of UPOV. The said nationals, natural persons or legal entities shall comply with the conditions and formalities imposed on the national of Afghanistan.

For the purpose of this provision, "nationals" means, where the member of UPOV is a State, the nationals of that State and, where the member of UPOV is an intergovernmental organization, the nationals of the States which are members of that organization.

CHAPTER TWO

Registration of New Plant Varieties

Article 6

Registration of New Plant Varieties

(1) If plant variety is new, distinct, uniform and stable, such plant varieties shall be registered and the rights of breeder shall be granted. The grant of the breeder's right shall not be subject to any further or different conditions, provided that the variety is designated by a denomination in accordance with the provisions of Article 15 that the applicant complies with the formalities provided for in this Act and procedure and that he pays the required fees.

(2) New, distinct, uniform and stable indicated in paragraph (1) of this article are defined as below:

1. New: On the date of filing of the application for obtaining a breeder's right or right of priority date indicated in article 8 of this Act, propagation or harvested material of the variety concerned has not been sold or otherwise disposed of to others, by or with the consent of the breeder, for purposes of exploitation of the variety.
 - (i) in the territory of Afghanistan earlier than one year before the date of filing of the application and
 - (ii) in a territory other than that of Afghanistan earlier than four years and six years in the case of trees and vines, before the said date.

2. Distinct: The variety shall be deemed to be distinct if it is clearly distinguishable from any other varieties whose existence is a matter of common knowledge at the time of the filing of the application. In particular, the filing of an application for the granting of a breeder's right or for the entering of another variety in an official register of varieties, in any country, shall be deemed to render that other variety a matter of common knowledge from the date of the application, provided that the application leads to the granting of a breeder's right or to the entering of the said other variety in the official register of varieties, as the case may be.
 3. Uniform: The variety shall be deemed to be uniform if, subject to the variation that may be expected from the particular features of its propagation, it is sufficiently uniform in its relevant characteristics.
 4. Stability: The variety shall be deemed to be stable if its relevant characteristics remain unchanged after repeated propagation or, in the case of a particular cycle of propagation, at the end of each such cycle.
- (3) The breeder shall pay a prescribed suitable fee in proportion to a new variety to the registration agency.
- (4) The method for registration of traditional, local and indigenous varieties shall be regulated under separate legislation.

Article 7 **Request for Application**

- (1) The breeder shall present the request for application of registration for a new variety to the Registration Agency.
- (2) The application listed in paragraph (1) of this article shall contain the following information:
 1. Botanical taxonomy (Genera and species).
 2. Denomination of the variety or breeder's reference.
 3. Description of the variety.
 4. Other required information at the administrative level as prescribed by the procedure.
- (3) Registration of each new plant variety is done by separate application.
- (4) The breeder, based on the provisions of this Act, is obliged to present a sample of the plant variety with the application to the Registration Agency.
- (5) If the application is filed by an applicant who is not national or resident of the country, the person shall be obliged to appoint a legal representative to the Registration Agency who shall be a national of Afghanistan.
- (6) The date of presenting the application by the breeder as prescribed by the Regulations shall be considered the application date.
- (7) The Registration Agency shall review the application and in case the information provided is not complete, the agency is obliged to notify the applicant.

Article 8 **Priority of Registration Application in a foreign country**

- (1) Any breeder who has duly filed an application for the registration of a variety protection in one of the members of UPOV (the "first application") shall, for the purpose of filing an application for the grant of a breeder's right for the same variety in Afghanistan, enjoy a right of priority for a period of 12 months. This period shall be computed from the date of filing of the first application in the foreign country. The day of filing shall not be included in the latter period.
- (2) The breeder shall claim the priority of the first application, in the application filed with the Registration Agency to exercise his priority right listed in paragraph (1) of this article.

(3) The breeder who claims the priority right listed in paragraph (1) of this article in Afghanistan is obliged to present a certified copy of his application documents which constitute the first application and samples or other evidence showing that both applications were related to the same variety to the Registration Agency within three months of his application.

(4) If the period listed in paragraph (1) of this article is expired, the Registration Agency shall give to the breeder two years deadline or, in case of rejection or withdrawal of the first application, an appropriate time after such rejection or withdrawal in which to furnish to the Registration Agency any necessary information, document or material required for the purpose of the technical evaluation in accordance with the article 9 of this Act.

Article 9 **Technical Examination of New Plant Variety**

(1) Registration Agency, after ensuring the fulfillment of requirements listed in article 7 of this Act, may refer the application along with a sample of the variety to the institute for technical examination and adaptation of the variety with the conditions listed in Paragraph (1) of article 6 of this Act.

(2) The Registration Agency, based on the request of the institute shall demand the breeder information documents and necessary materials for technical examination according to specified time in related procedures.

(3) If the breeder listed in paragraph (2) of this article, is not able to present information, documentation or necessary relevant materials to the Registration Agency, the Registration Agency shall reject the application.

(4) The costs for examination of a variety shall be calculated by the institute and payable by applicant.

(5) The Registration Agency may grow the variety or carry out other necessary tests, cause the growing of the variety or the carrying out of other necessary tests, or take into account the results of growing tests or other trials which have already been carried out. For the purposes of examination, the Registration Agency may require the breeder to furnish all the necessary information, documents or material as specified in this Law.

Article 10 **Preliminary Confirmation and announcement of New Plant Variety**

If a variety, for which an application has been filed, fulfils the requirements listed in article 9 of this Act, the Registration Agency shall confirm that application and announce it through public media on the expenses of the applicant, provided that the variety is designated by a denomination in accordance with article 15 of this Act, that the breeder of that variety complies with all formalities provided for by the Law and that the said breeder pays the required fees.

Article 11 **Right of Objection**

In case natural or legal persons have objection on preliminary confirmation of an application for a variety, they can submit their objection to Registration Agency within 120 days after the announcement.

Article 12

Registration and Issuance of Certificate

If no objection is submitted on preliminary confirmation of an application for a variety within the period indicated in article 11 of this Act or objections are rejected, the Registration Agency shall register the variety in the national list of the varieties, shall grant the breeder's right and shall issue a certificate to the breeder upon the collection of prescribed fees defined by The Ministry of Agriculture, Irrigation and Livestock.

Article 13

Information Inquiry

Any person has the right to request the Registration Agency for information about the varieties that are registered within the directions of this Act.

Article 14

Provisional Protection Right

The holder of a breeder's right shall be entitled to provisional protection right from the date of publication of the application until the date of registration of the variety.

The holder of a breeder's right shall at least be entitled to equitable remuneration from any person who, during the period of provisional protection has carried out acts which, once the breeder's right is granted, require the breeder's authorization as provided in article 17 of this Act.

Article 15

New Plant Variety Denomination

- (1) The variety shall be designated by a denomination which will be its generic designation.
- (2) Subject to paragraph (10) of this article, no rights in the designation registered as the denomination of the variety shall hamper the free use of that denomination in connection with the variety, even after the expiration of the breeder's right.
- (3) The denomination must enable the variety to be identified. It may not consist solely of figures except where this is an established practice for designating varieties. It must not be liable to mislead or to cause confusion concerning the characteristics, value or identity of the variety or the identity of the breeder. In particular, the denomination must be different from every denomination which designates, in the territory of any member of UPOV, an existing variety of the same plant species or of a closely related species.
- (4) The denomination of the variety shall be submitted to the Registration Agency by the breeder. If it is found that the denomination does not meet the requirements of paragraph (3) of this article, the Registration Agency shall refuse to register it and shall require the breeder to propose another denomination within an appropriate period.
- (5) If the denomination listed in paragraph (4) of this article is confirmed, the Registration Agency shall register it at the same time as the breeder's right is granted.
- (6) If the denomination of the variety has been submitted to responsible authorities of one or more members of UPOV, the Registration Agency shall register the denomination.
- (7) If the denomination of a variety is unsuitable, the Registration Agency shall oblige the breeder to propose another denomination.
- (8) The Registration Agency shall ensure that the relevant authorities and agencies of the members of UPOV are informed of matters concerning variety denominations, in particular the submission, registration and cancellation of denominations. Any authority may address its observations, if any, on the registration of a denomination to the Registration Agency.

(9) Any person who offers for sale or markets propagating material of a variety protected in Afghanistan shall use the denomination of that variety, even after the expiration of the breeder's right in that variety, unless, in accordance with the provision of paragraph (10) of this article, prior rights prohibit such use.

(10) Prior rights of third persons shall not be affected. If, by reason of a prior right, the use of the denomination of a variety is forbidden to a person who, in accordance to paragraph (9) of this article is obliged to use it, the Registration Agency shall require the breeder to submit another denomination for the variety.

(11) When a variety is offered for sale or marketed, it shall be permitted to associate a trademark, trade name or other similar indication with a registered variety denomination. If such indication is so associated, the denomination must nevertheless be easily recognizable.

Article 16 **Ownership Rights for New Plant Variety**

(1) The breeder's right is granted to the breeder and in case of his death the right shall be transferred to the successor.

(2) If a variety is the result of the joint efforts of several breeders, the breeder's right belongs to all of them, unless agreed otherwise.

(3) If a variety is developed independently by several persons, the breeder's right shall belong to the person who first applied an application for a breeder's right.

(4) If a variety is developed pursuant to an employee contract which requires the employee to carry out such development, the breeder's right shall belong to the employer, unless otherwise agreed.

Article 17 **Breeder's Right**

(1) Subject to paragraph (8) of article 17 and to articles 18 and 19 of this Act, the following acts in relation to the propagation material of the protected variety shall require the authorization of the breeder:

1. Production or reproduction (multiplication),
2. Conditioning for the purpose of propagation,
3. Offering for sale, selling, supplying or other marketing activities
4. Exporting and importing
5. Stocking for the purposes indicated in this paragraph.

(2) No one is allowed to practice the rights indicated in Paragraph (1) of this article without the authorization of the breeder.

(3) The breeder may make his authorization listed in paragraph (1) of this article subject to limitations and conditions.

(4) Subject to paragraph (8) of article 17 and to articles 18 and 19 of this Act, the acts listed in paragraph (1) of this article in respect of harvested material, including entire plants and parts of plants, obtained through unauthorized use of propagating material of the protected variety shall require the authorization of the breeder, unless the breeder has had reasonable opportunity to exercise his right in relation to the said propagating material.

- (5) Provisions indicated in Paragraph (1) to (4) of this article shall also apply in relation to:
1. varieties which are essentially derived from the new protected plant variety, provided that the new protected plant variety is not itself an essentially derived variety.
 2. varieties which are not clearly distinguishable in accordance with paragraph (2)2 of article 6 from the protected variety and
 3. varieties whose production requires the repeated use of the protected variety.
- (6) For the purpose of paragraph (5)1 of this article, a variety shall be deemed to be essentially derived from another variety ('the initial variety') when
- it is predominantly derived from the initial variety, or from a variety that is itself predominantly derived from the initial variety, while retaining the expression of the essential characteristics that result from the genotype or combination of genotypes of the initial variety,
 - it is clearly distinguishable from the initial variety and
 - except for the differences which result from the act of derivation, it conforms to the initial variety in the expression of the essential characteristics that result from the genotype or combination of genotypes of the initial variety.
- (7) Essentially derived varieties indicated in paragraph (5) of this article may be obtained for example by the selection of a natural or induced mutant, or a somaclonal variant, or the selection of a variant individual from plants of the initial variety, backcrossing or transformation by genetic engineering.
- (8) The following activities shall be excepted from the provisions listed in paragraph (1) to (7) of this article:
1. Activities done privately and for non-commercial purposes
 2. Activities done for experimental purposes
 3. Activities done for the purpose of development of other varieties, and, except where the provisions of paragraphs (5), (6) and (7) of this article apply, acts referred to in paragraphs (1) to (4) in respect of such other varieties.

Article 18 **Limitation of Breeder Right**

The breeder's right indicated in paragraph (1) to (7) of article 17 of this Act shall not extend to activities concerning any material of the protected variety, or of a variety covered by the provisions of paragraphs (5), (6) and (7) of article 17 of this Act, which the breeder sold or otherwise marketed either directly or with his own consent in the territory of Afghanistan, or any material derived from the said material unless such activities involve the following:

- 1- Further propagation of the variety in question
- 2- Export of material of the plant variety, which enables the propagation of the variety into a country which does not protect varieties of the plant genus or species to which the variety belongs, except where the exported material is for final consumption purposes.

For the purpose of this Article, 'material' means, in relation to a variety,

- (i) propagating material of any kind
- (ii) harvested material, including entire plants and parts of plants and
- (iii) any product made directly from the harvested material.

Article 19

Utilization of New Registered Plant Varieties by Farmers

(1) Small farmers shall not infringe the breeder's right, in relation to varieties included in a list of agricultural plants, if they use for propagating purposes, on their own holdings, the product of the harvest which they have obtained by planting, on their own holdings, the protected variety or a variety covered by paragraph (5) 1. or 2. of article 17 of this Law, provided that this use is within reasonable limits and subject to the safeguarding of the legitimate interests of the breeder.

(2) The varieties of fruits, ornamentals, vegetables and forest plants are excluded from the exception under paragraph (1) of this Article.

Article 20

Compulsory Licensing

(1) The Registration Agency, for the sake of public interest, without the consent of the breeder may grant the compulsory licensing for exploitation of new plant varieties to third parties based on the direction of the Minister of Agriculture, Irrigation and Livestock. In such case, the third party shall pay an equitable remuneration to the breeder. This process shall be defined in separate procedure.

(2) The Registration Agency may, on the instruction from the Minister of Agriculture, Irrigation and Livestock or upon the request of the breeder as indicated in paragraph (1) of this article cancel the compulsory licensing if the license owner violates any of the conditions thereof or the reasons of public interest are no longer applicable.

(3) The conditions for compulsory licensing and suitable equitable remuneration shall be set forth in regulations.

Article 21

Term of Protection

The term of protection of the breeder's right in protected varieties of trees and vines shall be twenty five years from the initial date of the grant of the breeder's right and for other varieties it shall be twenty years.

Article 22

Invalidation of the Breeder's right

The breeder's right shall be declared null and void when it is established

- 1- that the variety was not new or distinct at the time of granting the breeder's right,
- 2- that, where the grant of the breeder's right has been essentially based upon information and documentation furnished by the breeder, the variety was not uniform or stable at the time of granting the breeder's right,
- 3- that the breeder's right was granted to a person who was not entitled to it, unless it is transferred to the person who is so entitled.

Article 23

Cancellation of the Breeder's right

The breeder's right shall be cancelled due to the following reasons:

- 1- If the breeder, after being requested to do so and within the prescribed period, does not provide to the Registration Agency the information, documents or materials deemed necessary for verification of the maintenance of the varieties.
- 2- If the breeder, after being requested to do so and within the prescribed period, does not pay such fees as may be payable to keep his right in force.
- 3- If the breeder fails to provide, where the Institute under the provisions of article 15 of this Act proceed in changing the denomination of the variety, another suitable denomination for the variety.
- 4- If it is established that the variety is no longer uniform and stable.

Article 24
Fees

1. The technical examination of a new variety, issuance of certificate, publication and other services that are regulated in accordance with this Act, is subject to payment of the fee, commensurate with the supply of the service.
2. The fee referred to in paragraph (1) of this Article shall be determined on the proposal of the National Seed Board, approved by the Ministers' Council, collected by the Directorate and Institute and delivered to the Bank account of the Government.

CHAPTER THREE
MISCELLANEOUS PROVISIONS

Article 25
Reference to Court

- (1) If a person suffers loss/ damage due to violating the provision indicated in this Act, shall have the right, in line with Afghan Laws to refer to a judicial authority.
- (2) The judicial authorities shall have the authority to order the violator indicated in paragraph (1) of this article to pay compensation to injured party, attorney's fee and other preventive measures.

Article 26
Enactment of Regulations and procedures

Ministry of Agriculture, Irrigation, and Livestock may propose and impose regulations and procedures for better implementation of the provisions of this Act provided that are not in contradiction with provisions of this Act.

Article 27
Publication

The public shall be informed through the regular publication of information concerning

- applications for and grants of breeders' rights, and
- proposed and approved denominations.

Article 28
Date of enforcement

This Act shall come into force after ratification, approval and publication in official Gazette.

[End of Annex II and of document /
Fin de l'Annexe II et du document /
Ende der Anlage II und des Dokuments /
Fin del Anexo II y del documento]